

Ifd. Nr.	Einwendungsschwerpunkt	Wesentlicher Inhalt der Einwendung	Behandlung/ Beschlussantrag
1.	<b>Bevölkerung und menschliche Gesundheit</b>	<ul style="list-style-type: none"><li>• Zerstörung der Kulturlandschaft, einhergehend mit einer eklatanten, wahrnehmbaren Einschränkung der Bewegungsfreiheit in der näheren Umgebung ihres Wohnortes</li><li>• nicht kalkulierbare Auswirkungen von potenziellem Elektrosmog</li><li>• Da eine dezidierte Kompensation des Wertverlustes jedes einzelnen betroffenen Anliegers nicht möglich ist wird die Auflage eines Entschädigungsfonds gefordert</li><li>• Hohe Netzentgelte sind unzumutbar für Bürger in M-V</li><li>• Verschärfung der gesellschaftlichen Ungerechtigkeit</li><li>• Durch Klimapark werden fünf Arbeitskräfte in der Landwirtschaft verloren gehen</li><li>• Weiterer Schwund an Arbeitskräften ist auf dem Sektor des Tourismus zu befürchten</li><li>• Fehlende Unterrichtung der Öffentlichkeit</li><li>• Körperliche und seelische Beeinträchtigungen werden befürchtet</li><li>• Wertminderung von Grundstücken</li></ul>	<p><b>Keine Berücksichtigung;</b> Konzept des Klimaparks sichert ausreichend große Abstände zu Wohnnutzungen und touristischen Schwerpunktbereichen</p> <p><b>Keine Berücksichtigung;</b> für diese Behauptung gibt es keine gesicherten wissenschaftlichen Erkenntnisse, darüber hinaus wird ein großer Abstand zu Wohnnutzungen eingehalten</p> <p><b>Keine Berücksichtigung;</b> für diese Behauptung gibt es keine gesicherten wissenschaftlichen Erkenntnisse, darüber hinaus wird ein großer Abstand zu Wohnnutzungen eingehalten</p> <p><b>Keine Berücksichtigung;</b> Relevanz für Planinhalte fehlt</p> <p><b>Keine Berücksichtigung;</b> Relevanz für Planinhalte fehlt</p> <p><b>Keine Berücksichtigung;</b> Klimapark dient der Diversifizierung der Landwirtschaft und sichert damit bestehende Arbeitskräfte</p> <p><b>Keine Berücksichtigung;</b> Klimapark wird keinen negativen Einfluss auf die touristische Entwicklung der Region Sternberger Seenlandschaft und der daran geknüpften Arbeitsplätze haben</p> <p><b>Keine Berücksichtigung;</b> Vorschriften des § 3 BauGB werden eingehalten</p> <p><b>Keine Berücksichtigung;</b> für diese Behauptung gibt es keine gesicherten wissenschaftlichen Erkenntnisse, darüber hinaus wird ein großer Abstand zu Wohnnutzungen eingehalten</p> <p><b>Keine Berücksichtigung;</b> Art. 14 Absatz 1 Satz 1 GG besagt: Das Eigentum und das Erbrecht werden gewährleistet. Jedoch wird dies durch Satz 2 konkretisiert, nach dem Inhalt und Schranken durch die Gesetze bestimmt werden. Die Eigentumsgewährleistung beinhaltet daher keine absolute Abwehr gegen Immissionen. Abwehransprüche sind eingeschränkt, wenn der Eigentümer zu Duldung verpflichtet ist, auch zum zivilrechtlichen Eigentum: §§ 903, 1004 Absatz 2 BGB. Dem Gesetzgeber steht es also gem. Art. 14 Absatz 2 GG frei, die verschiedenen Nutzungskonflikte gesetzlich zu regeln. Dies geschieht unter anderem mit den Mitteln des Bauplanungsrechts. Werden nach diesen Gesetzen rechtmäßige</p>

Ifd. Nr.	Einwendungsschwerpunkt	Wesentlicher Inhalt der Einwendung	Behandlung/ Beschlussantrag
		<ul style="list-style-type: none"> <li>Witzin: Ortmannsee als Naherholungsgebiet muss freigehalten werden</li> <li>Posttraumatisches Verbitterungssyndrom (PTED) wird befürchtet</li> </ul>	<p>Nutzungen des Eigentums vorgenommen, so bedeutet dies, dass eine rechtswidrige Verletzung anderer Eigentümer ausgeschlossen ist, da die Rechte des einen Grundrechtsträgers die Grenzen der Gewährleistung für den anderen Grundrechtsträger aufzeigen.</p> <p>Daraus folgert das BVerwG (Beschluss vom 13. November 1997 - 4 B 195/97 -, BRS 59 Nr. 177, NVwZ-RR 1998, 540) zutreffend: „Der Einzelne hat auch keinen Anspruch darauf, vor jeglicher Wertminderung seines Grundstücks als Folge der Ausnutzung der einem Dritten erteilten Genehmigung verschont zu werden.“</p> <p>Wird berücksichtigt, Zuwegung zum See, der See selbst und landschaftsbildrelevante Sichtachsen werden durch Reduzierung des Planteils 1 um 20 ha</p> <p>Keine Berücksichtigung; für diese Behauptung gibt es keine gesicherten wissenschaftlichen Erkenntnisse, darüber hinaus wird ein großer Abstand zu Wohnnutzungen eingehalten</p>
2.	Fläche	<ul style="list-style-type: none"> <li>Mustin und Witzin: überdimensionierter Flächenverbrauch</li> <li>Mustin: 10 ha Dauergrünland werden überplant</li> <li>PVA wird als Flächenkonkurrenz zum Schutz des Freiraumes bzw. der bestehenden Kulturlandschaft gesehen</li> <li>kumulative Wirkung von 700 ha wird verkannt</li> <li>Verlust an Vegetations- und Biotopfläche wird befürchtet</li> </ul>	<p>Wird berücksichtigt, Witzin Planteil 1: Reduzierung des sonstigen Sondergebietes um 20 ha; Mustin Planteil 4: Reduzierung des sonstigen Sondergebietes um 20 ha</p> <p>Wird berücksichtigt, Die Grünlandfläche in Mustin, Planteil 4 wird vollständig aus der Planung entlassen</p> <p>Keine Berücksichtigung; der Klimapark bewirkt die Umwandlung von rund 116 ha Intensivacker in Flächen und Maßnahmen, die dem Naturschutz dienen (Entwürfe, Stand 02/2024)</p> <p>Keine Berücksichtigung; Die Zahlenangaben der zur Flächeninanspruchnahme vorgetragenen Einwendungen sind nicht korrekt. Die Flächeninanspruchnahme der für die Solarenergieerzeugung benötigten Flächen umfasst für die Stadt Sternberg rund 30 ha, in der Gemeinde Dabel etwa 116 ha, in der Gemeinde Borkow 11 ha, in der Gemeinde Witzin 115 ha, in der Gemeinde Mustin 112 ha (<b>kumulativ 384 ha</b>)</p> <p>Keine Berücksichtigung; der Klimapark nimmt ausschließlich intensiv genutzte Ackerflächen in Anspruch</p>

Ifd. Nr.	Einwendungsschwerpunkt	Wesentlicher Inhalt der Einwendung	Behandlung/ Beschlussantrag
3.	<b>Tourismus</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>Geltungsbereiche befinden sich im touristischen Entwicklungsraum mit wachsender Zahl an Erholungssuchenden</li> <li>Naturpark Sternberger Seenlandschaft – 2006 Qualitätsnaturpark (Zertifizierung durch Solarpark in Gefahr)</li> <li>Eine Beeinträchtigung von kleinteilige Ferienvermietungen, Gastronomie und touristische Dienstleistungen wird befürchtet</li> <li>Siedlung am Scharbowsee von besonderer Bedeutung für die Naherholung</li> <li>Fernwanderweg Nossentiner Schwinzer Heide – Sternberger Seenland ist unmittelbar betroffen, Witzin PT 1 und 2 sowie Mustin PT 4: Naturparkwanderweg ist massiv betroffen; ungestörter Blick in die offene Landschaft wird zerstört</li> </ul>	<p><b>Kenntnisnahme</b>, keine Abwägungsrelevanz</p> <p><b>Wird berücksichtigt</b>; Die Bebauungspläne zum Klimapark Sternberger Seenlandschaft werden durch die Stadt Sternberg, die Gemeinde Dabel, die Gemeinde Borkow, die Gemeinde Witzin und die Gemeinde Mustin in dem Bewusstsein aufgestellt, dass sowohl die touristische Entwicklung in den betreffenden Gemeinden als auch der Fortbestand und die Entwicklung des Naturparks Sternberger Seenlandschaft nicht gefährdet werden. Aus diesem Grund erfolgte insbesondere in den Gemeinden Witzin und Mustin im Ergebnis der eine deutliche Reduzierung der für die Solarenergie überplanten Flächenkulisse im Umfang von 30 ha in Witzin und 40 ha in Mustin.</p> <p><b>Kenntnisnahme</b>, keine Abwägungsrelevanz, Abstand 270 m wird nicht unterschritten</p> <p><b>Wird berücksichtigt</b>; Betroffenheit in Mustin - Planteil 4 wird durch Mindestabstand von 50 m östlich und Wegfall der westlich gelegenen Flächen berücksichtigt. Betroffenheit in Witzin wird durch westliche Eingrünung des Planteils 2 und deutliche Reduzierung des Planteils 1 berücksichtigt.</p>
4.	<b>Alternativen</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>Ausbau von Solaranlagen sollte vorrangig auf, an und neben Gebäuden, auf bereits versiegelten und beeinträchtigten Flächen erfolgen</li> <li>Standortalternativen im Gemeindegebiet sind zu prüfen</li> <li>flächensparendes AGRI-PV wird angeregt</li> </ul>	<p><b>Keine Berücksichtigung</b>; Der vorgeschlagene Wegfall der in Rede stehenden Planungen der Stadt Sternberg sowie der Gemeinden Dabel, Borkow, Witzin und Mustin ist als Nullvariante keine aus der ständigen Rechtsprechung anerkannte Alternative.</p> <p><b>Wird berücksichtigt</b>; Eine Standortalternativenprüfung erfolgt in den jeweiligen Planverfahren (siehe Begründungen mit Stand Februar 2024).</p> <p><b>Kenntnisnahme</b>, Die Möglichkeiten zur Anwendung der DIN SPEC 91434 für AGRI-PV-Anlagen wurde geprüft. AGRI-PV-Anlagen sichern den Erhalt eines Mindestflächenanteils von 85 % der landwirtschaftlich genutzten Ausgleichsfläche ab. Allerdings gehen damit Einschränkungen der Leistungsfähigkeit bzw. des Wirkungsgrades der Anlage einher, die letztlich zu</p>

Ifd. Nr.	Einwendungsschwerpunkt	Wesentlicher Inhalt der Einwendung	Behandlung/ Beschlussantrag
		<ul style="list-style-type: none"> <li>Witzin: Im Planteil 1 sollten die beiden südlichen Kleingewässer großzügig freigestellt werden</li> <li>Realkompensation statt Ökokonto</li> <li>GRZ 0,7 zu hoch – Abminderung auf 0,4 bis 0,5 wird gefordert</li> <li>0,8 m als Mindesthöhe, Modultischtiefe maximal 5 m</li> <li>Ost-West-Ausrichtung statt Süden im Sinne des Netzbedarfes</li> <li>Holz für Unterkonstruktion</li> <li>100 % recyclingfähige Baustoffe</li> </ul>	<p>einer geringeren Einspeiseleitung je Hektar Nutzfläche führen. Vorliegend haben sich die Gemeinden im Sinne der Effizienz im Vernehmen mit der damit in Verbindung stehenden Flächeninanspruchnahme gegen die landwirtschaftliche Doppelnutzung einer AGRI-PV-Anlage entschieden.</p> <p><b>Wird berücksichtigt;</b> Die besagten Kleingewässer wurden im Entwurf Stand Februar 2024 großzügig von jeglicher Bebauung freigestellt.</p> <p><b>Wird berücksichtigt;</b> insgesamt werden in den Geltungsbereichen der Stadt Sternberg sowie der Gemeinden Dabel, Borkow, Witzin und Mustin mit den Planungen zum Klimapark Sternberger Seenlandschaft rund 116 ha Ausgleichsflächen geschaffen, so dass auf den Erwerb von Ökopunkten verzichtet werden kann.</p> <p><b>Keine Berücksichtigung;</b> Der Vorhabenträger hat sich im Vernehmen mit den planenden Gemeinden im Sinne der Effizienz und der damit in Verbindung stehenden Flächeninanspruchnahme gegen eine geringere Grundflächenzahl entschieden, um die Flächeninanspruchnahme insgesamt so gering, wie möglich zu halten.</p> <p><b>Keine Berücksichtigung;</b> Vorhabenträger und planende Gemeinden haben sich gegen eine Mindestmodulhöhe aber für die Beschränkung der Modulhöhe auf maximal 3,0 m entschieden, um die mit den Vorhaben in Verbindung stehenden Wirkungen auf das Landschaftsbild so gering, wie möglich zu halten.</p> <p><b>Keine Berücksichtigung;</b> Vorliegend sollen klassische PV-Anlagen mit Südausrichtung und festem Neigungswinkel zur Anwendung kommen.</p> <p><b>Keine Berücksichtigung;</b> Eine Unterkonstruktion aus Holz ist weder für die Mindestanforderungen an die Standsicherheit und Tragfähigkeit noch für die geplante Betriebsdauer von mindestens 30 Jahren geeignet.</p> <p><b>Wird berücksichtigt;</b> Der Vorhabenträger verwendet ausschließlich Materialien, die einer geordneten Wiederverwertung zugeführt werden können.</p>

Ifd. Nr.	Einwendungsschwerpunkt	Wesentlicher Inhalt der Einwendung	Behandlung/ Beschlussantrag
		<ul style="list-style-type: none"> <li>Module mit Anti-Reflexschicht</li> <li>Bepflanzung mit Wald statt PVA für CO<sub>2</sub>-Abbau</li> <li>Witzin: Alternativfläche Ortsausgang Witzin in Richtung Güstrow rechts und links der B 104 in Verbindung mit Planteil 3</li> <li>Witzin: Wiederherstellung alter Schulweg Lübz in nach Witzin als Bedingung für Planteil 2</li> <li>Witzin: Planteil 1 wird vollständig abgelehnt</li> <li>Witzin: Umbauung von 5 Kleingewässern wird abgelehnt</li> </ul>	<p><b>Wird berücksichtigt;</b> Der Vorhabenträger Module mit Antireflexionsbeschichtungen, um den Wirkungsgrad zu steigern und Blendwirkungen zu minimieren.</p> <p><b>Keine Berücksichtigung;</b> Der vorgeschlagene Wegfall der in Rede stehenden Planungen der Stadt Sternberg sowie der Gemeinden Dabel, Borkow, Witzin und Mustin ist als Nullvariante keine aus der ständigen Rechtsprechung anerkannte Alternative.</p> <p><b>Keine Berücksichtigung;</b> Derzeit stehen die Flächen links und rechts der Bundesstraße B 104 östlich der Ortslage Witzin nicht für die Ansiedlung einer Freiflächen-Photovoltaikanlage zur Verfügung.</p> <p><b>Wird berücksichtigt;</b> Die Gemeinde Witzin wird die Möglichkeit Wiederherstellung der besagten Wegeverbindung in Abhängigkeit von Eigentumsverhältnissen und der bauordnungsrechtlichen Genehmigungsfähigkeit prüfen.</p> <p><b>Kenntnisnahme,</b></p> <p><b>Wird berücksichtigt;</b> Der Flächenanteil des festgesetzten sonstigen Sondergebietes wurde insbesondere im Umfeld der mit dem Planteil 1 eingeschlossenen Kleingewässer um 20 ha deutlich reduziert.</p>
5.	<b>Planungsrecht</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>Witzin und Mustin: Entwicklung aus dem Flächennutzungsplan fehlt Witzin: das Fehlen eines FNP erfordert Raumordnungsverfahren</li> <li>Widerspricht übergeordneten Planungszielen der Raumordnung</li> <li>Zukünftige Generation von Heranwachsenden hat keine Widerspruchsmöglichkeiten</li> </ul>	<p><b>Kenntnisnahme,</b> die Bebauungspläne der Gemeinden Mustin und Witzin werden als vorzeitige Bebauungspläne gemäß § 8 Abs. 4 BauGB aufgestellt. Der grundsätzliche Planungswille der Gemeinden zur Aufstellung eines Flächennutzungsplans bleibt davon unberührt.</p> <p><b>Wird berücksichtigt;</b> Für die Zulässigkeit von Vorhaben außerhalb des 110 m Korridors entlang der Bahnlinie wurden mit Datum vom 13.09.2022 entsprechende Anträge auf Zielabweichung vom Ziel 5.3.9 LEP 2016 beim Wirtschaftsministerium M-V eingereicht.</p> <p><b>Keine Berücksichtigung;</b> vorliegend werden für die in Rede stehenden Bauleitpläne der Stadt Sternberg sowie der Gemeinden Dabel, Borkow, Witzin und Mustin die Vorschriften des § 3 BauGB zur Beteiligung der Öffentlichkeit beachtet.</p>

Ifd. Nr.	Einwendungsschwerpunkt	Wesentlicher Inhalt der Einwendung	Behandlung/ Beschlussantrag
		<ul style="list-style-type: none"> <li>„Baurechtliche Beurteilung von Photovoltaikanlagen“ des Ministeriums für Verkehr, Bau und Landesentwicklung des Landes Mecklenburg-Vorpommern aus 2011 wurde nicht beachtet</li> <li>Vorbehaltsgebiet Tourismus (LEP) und Entwicklungsraum Tourismus (RREP) sind betroffen</li> <li>Freiräume für Kompensation (RREP), Flächen mit dem Landschaftsbildpotential Stufe 4, unzerschnittene Freiräume Stufe 3 und Stufe 4, die Berechnung des Eingriffsflächenäquivalents ist falsch, denn die Lage in landschaftlichen Freiräumen der Stufen 3 und 4 wurde nicht berücksichtigt.</li> <li>Mustin: Planzeichnung – Umgrenzung von Schutzgebieten fehlt</li> <li>Planerfordernis darf nicht mit den Zielen des EEG begründet werden</li> <li>Wunsch nach einer Bürgerinformationsveranstaltung</li> </ul>	<p><b>Keine Berücksichtigung;</b> „Baurechtliche Beurteilung von Photovoltaikanlagen“ des Ministeriums für Verkehr, Bau und Landesentwicklung des Landes Mecklenburg-Vorpommern aus 2011. Maßgebend ist die Beschlussfassung des Landtages M-V mit der Drucksache 7/6169.</p> <p><b>Wird berücksichtigt;</b> vergleiche Begründungen mit Stand Februar 2024, Abschnitt „3.2 übergeordnete Planungen“</p> <p><b>Wird berücksichtigt;</b> vergleiche Begründungen mit Stand Februar 2024, Abschnitt „7. Eingriffs- und Ausgleichsbilanzierung“</p> <p><b>Keine Berücksichtigung;</b> Der vorhabenbezogene Bebauungsplan Nr. 4 „Solarpark Mustin“ nimmt keine nationalen oder europäischen Schutzgebiete in Anspruch. Eine Ausnahme bildet der Naturpark „Sternberger Seenlandschaft“. Diese überstreicht mit seiner Flächenkulisse das gesamte Territorium der Gemeinden Borkow, Witzin und Mustin sowie große Flächenanteile der Stadt Sternberg sowie der Gemeinde Dabel.</p> <p><b>Kenntnisnahme,</b></p> <p><b>Wird berücksichtigt;</b> Witzin 15.03.2024</p>
6.	<b>Landwirtschaft</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>Konkurrenz zur Fleisch- und Milch- und Futterproduktion</li> <li>wertvoller Acker mit bis zu 52 Bodenpunkten wird entzogen</li> </ul>	<p><b>Keine Berücksichtigung;</b> Aktuell werden von der zur Verfügung stehenden landwirtschaftlichen Produktionsfläche etwa 80 % zur Futter- und Nahrungsmittelproduktion genutzt. Darüber werden 13 % für den Anbau von Energiepflanzen vorgehalten, 2 % für Industriepflanzen und nur 5 % für andere Nutzungen (Quelle: BMEL; statistisches Bundesamt, FNR 2023). Wenn nur 1/5 der für Energiepflanzen genutzten Fläche für PV nutzbar wäre, würde Deutschland seine Energieproduktionskapazität verdoppeln.</p>
7.	<b>Zielabweichung</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>Anzahl an Punkten bzw. Kriterien wird nicht erfüllt</li> <li>Keine Vereinbarkeit mit Zielen der Raumordnung</li> </ul>	<p><b>Wird berücksichtigt;</b> Für die Zulässigkeit von Vorhaben, die dem Ziel 5.3.9 LEP 2016 widersprechen, wurden mit Datum vom 13.09.2022 entsprechende Anträge auf Zielabweichung beim Wirtschaftsministerium M-V eingereicht. Über die Zulassungsentscheidung und die Vergabe der Punkte je</p>

Ifd. Nr.	Einwendungsschwerpunkt	Wesentlicher Inhalt der Einwendung	Behandlung/ Beschlussantrag
			festgelegtes Kriterium entscheidet das Wirtschaftsministerium im Zuge der Prüfung der eingereichten Anträge.
8.	<b>Gemeinwohl und Wertschöpfung</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>Finanzielle Beteiligung von Gemeinde und Bürgern (§ 6 EEG)</li> <li>Kein Energiekonzept mit Beteiligung der Bürger</li> <li>schlüssiges Bürgerbeteiligungsmodell und kommunales Energiekonzept fehlen bisher – Synergieeffekte könnten genutzt werden</li> <li>Bürgerstrom wird gewünscht</li> <li>Wirtschaftliches Interesse der Flächeneigentümer ist nicht mit Interessen der Gemeinden kompatibel</li> <li>Mustin und Witzin: Vorhaben fördern soziale Ungerechtigkeit (private Gewinnerzielung weniger steht im Focus, Bürgerentscheid zur Erforderlichkeit der Planung wird gefordert)</li> </ul>	<p><b>Wird berücksichtigt;</b> Die Vorschriften des § 6 EEG 2023 zur Möglichkeit der Beteiligung von Gemeinden wird für die in Rede stehenden Vorhaben angewendet.</p> <p><b>Wird berücksichtigt;</b> Seit dem 1. Januar 2024 können in ganz Deutschland Wärmepläne erstellt werden. Das gibt den Bürgerinnen und Bürgern, den Unternehmen und Energieversorgern Sicherheit darüber, mit welcher Wärmeversorgung sie lokal rechnen können. Das Gesetz dazu wurde am 17. November 2023 vom Bundestag beschlossen. Der Bundesrat hat am 15. Dezember 2023 zugestimmt. Somit konnte das Gesetz am 1. Januar 2024 in Kraft treten.</p> <p>Zur möglichen wirtschaftlichen Beteiligung von Bürgern wird auf die mit Datum vom 13.09.2022 eingereichten Anträge auf Zielabweichung beim Wirtschaftsministerium M-V der Gemeinden Dabel, Borkow, Witzin, Mustin und der Stadt Sternberg verwiesen. Hier wurde unter anderem das Thema <i>fortschrittliche Kommunal- und/oder Bürgerbeteiligung</i> mit konkreten Maßnahmen unter setzt. Diese Maßnahmen stehen unter Einhaltung entsprechender kommunalrechtlicher Vorgaben unmittelbar mit der Vorhabenumsetzung in Verbindung, haben jedoch keine Relevanz für die Inhalte der in Rede stehenden Bebauungspläne.</p> <p><b>Kenntnisnahme</b></p> <p><b>Keine Berücksichtigung;</b> Die Aufstellungsverfahren der Gemeinden Mustin und Witzin werden nach den Prinzipien der demokratischen Grundordnung durch die gewählten politischen Gremien der jeweiligen Gemeinde beschlossen. Maßgebend sind die Geschäftsordnung und die Hauptsatzung der betreffenden Gemeinden.</p>
9.	<b>Naturpark</b>	Landesverordnung von 2004, Qualitätsnaturpark seit 2006, Rezertifizierung 2021 Schutzgebiet für heimische Tier- und Pflanzenwelt Erheblicher Verlust an Biotop- und Vegetationsfläche	<b>Wird berücksichtigt;</b> Die vorgetragenen Belange zum Naturpark Sternberger Seenlandschaft werden berücksichtigt. Die Planentwürfe mit dem Arbeitsstand Februar 2024 behandeln diese Belange ausführlich zum Beispiel im Rahmen der Umweltprüfung.



Ifd. Nr.	Einwendungsschwerpunkt	Wesentlicher Inhalt der Einwendung	Behandlung/ Beschlussantrag
		<p>Einschränkungen für Kraniche, Wiesenweihen, Seeadler (Lebensraumentzug)</p> <p>Umzäunung als Barriere</p> <p>Unangemessene Flächengröße von 131,5 in Mustin – 3,5 ha (98,6 m<sup>2</sup> pro Einwohner reicht)</p> <p>Lebens- und Landschaftsraum für Bewohner und Touristen</p> <p>Im Leitbild der Naturparke Deutschland ist Folgendes festgehalten: „Naturparke sind geschaffen worden, um großräumige Kulturlandschaften, die aus Naturschutzgründen sowie wegen ihrer besonderen Eigenart und Schönheit von herausragender Bedeutung sind, zu erhalten, zu pflegen, zu entwickeln oder wieder herzustellen. Jeder Naturpark repräsentiert dabei eine einzigartige Landschaft mit ihrem besonderen Erscheinungsbild.“</p> <p>Einzäunung von gesetzlich geschützten Biotopen verhindert Interaktion von Flora und Fauna mit umliegenden Gebieten, Zweck des Naturparks wird verkannt</p>	<p>Dieser überstreicht mit seiner Flächenkulisse das gesamte Territorium der Gemeinden Borkow, Witzin und Mustin sowie große Flächenanteile der Stadt Sternberg sowie der Gemeinde Dabel.</p> <p>Die Bebauungspläne zum Klimapark Sternberger Seenlandschaft werden durch die Stadt Sternberg, die Gemeinde Dabel, die Gemeinde Borkow, die Gemeinde Witzin und die Gemeinde Mustin in dem Bewusstsein aufgestellt, dass sowohl die touristische Entwicklung in den betreffenden Gemeinden als auch der Fortbestand und die Entwicklung des Naturparks Sternberger Seenlandschaft nicht gefährdet werden. Aus diesem Grund erfolgte insbesondere in den Gemeinden Witzin und Mustin im Ergebnis der eine deutliche Reduzierung der für die Solarenergie überplanten Flächenkulisse im Umfang von 30 ha in Witzin und 40 ha in Mustin.</p>
11.	<b>Naturschutz</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>Flächenmanagement zur Förderung der Biodiversität wird gefordert (Mahdzeiträume, das Entfernen des Mahdgutes, Mahdhöhe, Mahdgerrät), Düngemittel, Pestizide und Bodenbearbeitung müssen unzulässig sein, Entfernung invasiver Neophyten</li> <li>Sichtschutzhecken aus heimischen Bäumen und Sträuchern mindestens 5 m breit und 2,5 m hoch als Biotopverbund</li> <li>Zuwegungen aus luft- und wasserdurchlässigen Materialien (Schotterrasen)</li> <li>Keine Beleuchtung</li> </ul>	<p><b>Wird berücksichtigt;</b> Die Planentwürfe mit Stand Februar 2024 berücksichtigen als Vermeidungs- und Minimierungsmaßnahme ein entsprechendes Flächenmanagement zur Förderung der Biodiversität. Gleichfalls sichern die getroffenen Festsetzungen sowie die Regelungen der noch abzuschließenden Durchführungsverträge den Ausschluss von Düngemittel, Pflanzenschutzmitteln und Bodenbearbeitung für die Betriebsphase der geplanten Solarparks sicher aus.</p> <p><b>Wird berücksichtigt;</b> Die Planentwürfe mit Stand Februar 2023 berücksichtigen sichtverstellende und sichtverschattende Landschaftselemente. Wo diese zur Vermeidung von Beeinträchtigungen des Landschaftsbildes nicht vorhanden sind, werden neue Sichtschutzpflanzungen angelegt. Darüber hinaus wurden insbesondere in Mustin und Witzin die Sondergebiete auch nach den Kriterien einer möglichen landschaftsästhetischen Beeinträchtigung im Vergleich zum Vorentwurf vom Oktober 2023 deutlich reduziert.</p> <p><b>Wird berücksichtigt;</b> Fahrwege innerhalb der zukünftigen Betriebsflächen der geplanten Solarparks werden ausschließlich in wassergebundener Wegedecke hergestellt (vergleiche Entwürfe mit Stand Februar 2024).</p> <p><b>Wird berücksichtigt;</b> Eine dauerhafte Beleuchtung der Vorhabenflächen ist während der Betriebsführung eines Solarparks</p>



Ifd. Nr.	Einwendungsschwerpunkt	Wesentlicher Inhalt der Einwendung	Behandlung/ Beschlussantrag
		<ul style="list-style-type: none"> <li>Ökologische und bodenkundliche Baubegleitung für Bau und Rückbau</li> <li>Rückbauverpflichtung</li> <li>eingriffsnahe Kompensation</li> <li>Folgen des Eingriffs sind nicht dargestellt</li> <li>Brutplätze und Wildwechsel verschwinden</li> <li>Zerstörung der Kulturlandschaft</li> <li>Qualifizierte Einschätzung der Beeinträchtigungen des Natur- und Artenschutzes wird gefordert, Artenvielfalt der Tiere wird zurück gehen, Planungsraum liegt im „Biotopverbundsystem“, gutachterlicher Landschaftsrahmenplan zu den Zielen und Anforderungen an die Raumordnung: alle Planungsflächen des Bebauungsplans sind als Bereiche mit besonderer Bedeutung für die Sicherung ökologischer Funktionen kartiert (LUNG MV: <a href="https://www.lung.mv-regierung.de/dateien/rlrp_wm_pkarte_iv_raumentwicklung_ost.pdf">https://www.lung.mv-regierung.de/dateien/rlrp_wm_pkarte_iv_raumentwicklung_ost.pdf</a>),</li> </ul>	<p>nicht erforderlich. Entsprechende Regelungen können im Durchführungsvertrag aufgenommen werden.</p> <p>Wird berücksichtigt; hierzu wird es eine für den Vorhabenträger verpflichtende Regelung im Durchführungsvertrag geben.</p> <p>Wird berücksichtigt; hierzu wird es eine für den Vorhabenträger verpflichtende Regelung im Durchführungsvertrag geben.</p> <p>Wird berücksichtigt; der Klimapark bewirkt die Umwandlung von rund 116 ha Intensivacker in Flächen und Maßnahmen, die dem Naturschutz dienen (siehe: Kapitel 7. Eingriffs- und Ausgleichsbilanzierung, Begründungen der Entwürfe, Stand 02/2024)</p> <p>Wird berücksichtigt; Das Gesamtkonzept berücksichtigt ein umfangreiches Angebot an Wildwechseln und beinhaltet darüber hinaus ein Maßnahmenkonzept zur Erhaltung des einbezogenen Planungsraumes für Brutvögel, Reptilien und Amphibien.</p> <p>Keine Berücksichtigung; Die für den Klimapark einbezogenen Vorhabenflächen berücksichtigen die Erhaltung hochwertiger Landschaftsbildräume. Im Rahmen der Umweltprüfung erfolgte unter den Abschnitten 2.2.6 und 2.3.7 eine dezidierte Auseinandersetzung mit den Belangen der betroffenen Kulturlandschaft. Durch Flächenreduzierungen gegenüber den Vorentwürfen mit Stand Oktober 2023, geplante Eingrünungs- und Sichtschutzmaßnahmen sowie die Freistellung von landschaftsbildrelevanten Wegeführungen und Sichtachsen soll einer erheblichen Beeinträchtigung der Kulturlandschaft entgegengewirkt werden.</p> <p>Wird berücksichtigt; Im Rahmen der Umweltprüfung erfolgte unter den Abschnitten 2.2.2 und 2.3.2 eine dezidierte Auseinandersetzung mit den Belangen des Biotop- und Artenschutzes. Als Datengrundlage dienen örtliche faunistische Erfassungen im Zeitraum von März bis September 2023 des Kompetenzzentrums Naturschutz und Umweltbeobachtung sowie die Bewertungsergebnisse des Artenschutzfachbeitrages.</p>

Ifd. Nr.	Einwendungsschwerpunkt	Wesentlicher Inhalt der Einwendung	Behandlung/ Beschlussantrag
		<p>alle Flächen dienen also der funktionalen Einbindung von Flächen des „Biotopverbunds im engeren Sinn“ (also z.B. FFH-Gebiete, gesetzliche geschützte Biotope) sowie der Berücksichtigung großräumiger Funktionsbeziehungen, Planung missachtet die ökologischen Wechselbeziehungen in der Landschaft unter besonderer Berücksichtigung ökologischer und räumlich-funktionaler Ansprüche der heimischen Arten an ihren Lebensraum (Biber wechselt von Mildenitz in Richtung Scharbower See</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>Betroffenheit besonders geschützter Vogelarten wird befürchtet</li> <li>Abstand zu Wald, Feuchtbiotopen und Gewässern ist zu gering</li> <li>Mustin: Horstschtzonen des Kranichs am Scharbower See (100m/300m) werden nicht beachtet</li> <li>Initialansaat aus regionalem und standortsgerechtem Saatgut statt Selbstbegrünung wird gefordert</li> </ul>	<p><b>Wird berücksichtigt;</b> In Vorbereitung der Umweltprüfung erfolgte im Zeitraum von März bis September 2023 die faunistische Kartierung von Brutvögeln, Reptilien und Amphibien sowie darüber hinaus die Erfassung von Zug- und Rastvögeln bis Februar 2024 durch das <i>Kompetenzzentrum Naturschutz und Umweltbeobachtung</i>. Die vorliegenden Erfassungsergebnisse wurden im Rahmen des Artenschutzfachbeitrages bewertet. Zur Vermeidung von artenschutzrechtlichen Verbotstatbeständen im Sinne von § 44 BNatSchG wurden artenschutzrechtliche Vermeidungs-, Minimierungs- und Ausgleichsmaßnahmen bestimmt.</p> <p><b>Wird berücksichtigt;</b> Der Abstand zu Wald, Gewässern und anderen Lebensräumen mit einer besonderen Bedeutung für den Arten- und Biotopschutz wurde individuell in Abhängigkeit der jeweiligen Empfindlichkeiten des betreffenden Planungsraumes festgesetzt, um artenschutzrechtliche Konflikte und darüber hinaus gehende mittelbare Beeinträchtigungen der besagten Biotope zu vermeiden.</p> <p><b>Keine Berücksichtigung;</b> Während des Erfassungszeitraumes von März 2023 bis September 2023 konnten gutachterlich keine Brutplätze des Kranichs innerhalb des Geltungsbereiches bzw. im unmittelbaren Umfeld erfasst werden. Der Kranich brütet im Regelfall in den moorigen und sumpfigen Arealen des Rothener Sees. Über eine Bauzeitenbeschränkung für das Umfeld des Brutplatzes wird der Schutz der Brut- und Niststätte des Kranichs sichergestellt.</p> <p><b>Wird berücksichtigt;</b> Die Entwürfe mit Stand Februar 2024 beinhalten eine entsprechende Festsetzung zur Initialeinsaat von heimischem standorttypischem Saatgut innerhalb der festgesetzten Sondergebiete.</p>

Ifd. Nr.	Einwendungsschwerpunkt	Wesentlicher Inhalt der Einwendung	Behandlung/ Beschlussantrag
		<ul style="list-style-type: none"> <li>Für Bauphase und Betriebszeit werden Vermeidungs-, Ausgleichs- und Schutzmaßnahmen für die besonders geschützten Arten gefordert</li> <li>Wirksamkeit von Feldlerchenfenstern wird bezweifelt</li> <li>Mustin: Zerstörung von Wildwechseln</li> <li>Mustin und Witzin: Befürchtung: Tausende Zug- und Rastvögel verlieren ihre Nahrungs- und Rastgebiete</li> <li>Befürchtung: Aussamung und Entwicklung von Weiden/Pappeln/Birken innerhalb der Betriebsflächen werden regelmäßigen Pestizideinsatz erfordern, Befürchtung: Oberflächenhitze der Module tötet Insekten, Betroffenheit von Schmetterlingen ist zu prüfen</li> </ul>	<p><b>Wird berücksichtigt;</b> In Auswertung der vorliegenden faunistischen Erfassungsergebnisse wurden im Rahmen des Artenschutzfachbeitrages Maßnahmen zur Vermeidung von artenschutzrechtlichen Verbotstatbeständen im Sinne von § 44 BNatSchG bestimmt. Der Durchführungsvertrag wird dazu eine für den Vorhabenträger verpflichtende Regelung beinhalten.</p> <p><b>Wird berücksichtigt;</b> Für Offenlandbrüter, wie die Feldlerche werden großzügige Brutkorridore von jeglicher Bebauung freigehalten und darüber hinaus durch ein entsprechendes Pflegemanagement in Ihrer Funktion als Bruthabitat gesichert. Ein entsprechendes Pflegemanagement wurde zur Erfüllung der artspezifischen Anforderungen festgesetzt. Dieses sieht vor, dass eine jährliche Staffelmahd in monatlichen Intervallen von April bis Juli eines Jahres durchgeführt wird. Das Entwicklungsziel ist eine Mahdhöhe von bis zu 15 cm über dem gewachsenen Gelände für schachbrettartige Teilflächen von jeweils 40 m<sup>2</sup> bis zu einem Gesamtflächenanteil von 20 bis 30 Prozent des Areals. Eine Überbauung durch Modultische innerhalb dieser Flächen ist unzulässig.</p> <p><b>Wird berücksichtigt;</b> Für Offenlandbrüter, wie die Feldlerche werden großzügige Brutkorridore von jeglicher Bebauung freigehalten.</p> <p><b>Keine Berücksichtigung;</b> Während des Erfassungszeitraumes von März 2023 bis Februar 2024 konnten innerhalb des Untersuchungsraumes gutachterlich keine bedeutsamen Rast- und Zugvogelvorkommen erfasst werden.</p> <p><b>Keine Berücksichtigung;</b> Nach der Fertigstellung der geplanten Solarparkflächen werden innerhalb der festgesetzten Sondergebiete Mahd- und Pflegemaßnahmen durchgeführt, die ein Aufwachsen von Gehölzen verhindern.</p> <p><b>Keine Berücksichtigung;</b> nach derzeitigem Kenntnisstand lassen sich die durch die Einwendung geäußerten Befürchtungen, dass die Oberfläche von PV-Modulen das Insektensterben fördern, nicht wissenschaftlich belegen. Gegenteilig ist die konventionelle Intensivlandwirtschaft offenbar als ein</p>

Ifd. Nr.	Einwendungsschwerpunkt	Wesentlicher Inhalt der Einwendung	Behandlung/ Beschlussantrag
		<ul style="list-style-type: none"> <li>Witzin: Wildwechsel unzureichend und falsch angeordnet</li> </ul>	<p>wesentlicher Einflussfaktor auf das Artenvorkommen und die Individuendichte von Insekten anzusehen:  <i>Im Oktober 2017 veröffentlichten Wissenschaftler aus Krefeld die Ergebnisse einer jahrzehntelangen Studie zum Insektensterben: Innerhalb von 27 Jahren ist der Bestand an Insekten um über 75 Prozent zurückgegangen. [1] Zur Bemessung wurde die Menge bzw. Biomasse von Insekten in verschiedenen Naturschutzgebieten mittels Fallen gemessen. Diese Fallen an über 60 Standorten in Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz und Brandenburg konnten 90 Prozent der Fluginsekten in Deutschland messen. Der aufgezeichnete Insektenschwund betrifft nicht nur seltene oder gefährdete Arten, sondern alle untersuchten Insektenarten. Auch bezieht sich der Verlust nicht auf einen bestimmten Biotoptyp, sondern auf das gesamte Offenland.</i></p> <p>90 Prozent der Untersuchungsstandorte befanden sich in der Nähe von intensiver Landwirtschaft, also in Gegenden, in denen Pestizide und Herbizide eingesetzt werden, die Insekten schaden. So zerstören Totalherbizide wie Glyphosat Ackerbeikräuter, die eine wichtige Nahrungs-, Nist- und Überwinterungsquelle für Insekten darstellen. Daneben werden in der intensiven Landwirtschaft Insektizide wie beispielsweise Neonicotinoide eingesetzt, die wie Nervengift auf Insekten wirken und die Tiere töten oder ihre Orientierungsfähigkeit beeinträchtigen. Auch die Fortpflanzungsrate von Insekten wird durch den Kontakt mit Neonicotinoiden stark reduziert.<sup>1</sup></p> <p><b>Wird berücksichtigt;</b> Der auf die Einwendung angepasste Entwurf mit Stand Februar 2024 umfasst mit seinen Festsetzungen rund 72 ha nicht eingezäunte Wechsel- und Wanderkorridore, die mit der Umsetzung des Vorhabens gleichzeitig der Intensivlandwirtschaft entzogen werden.</p>
12.	<b>Klimaschutz</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>Globale Erwärmung durch Rückstrahlung der Module in die Atmosphäre -Beschleunigung des Klimawandels, Absenkung des Grundwassers als Folge der Überbauung, Veränderung des Mikroklimas – Austrocknung von angrenzenden Waldflächen</li> </ul>	<p><b>Keine Berücksichtigung;</b> Dass Gebäude und bauliche Anlagen einen Einfluss auf die Umgebungstemperatur haben können, ist grundsätzlich kein neues Phänomen (Städte in gemäßigten Klimazonen sind häufig wärmer als das Umland). Für großflächige Solarparks ist nach aktuellen Studien aus den USA offenbar das Gegenteil anzunehmen. So hat ein internationales Forschungsteam für zwei große Solarparks in den USA und</p>

<sup>1</sup> [Insektensterben: Fakten, Gründe – und was wir tun können \(peta.de\)](https://www.peta.de/insektensterben/)

Ifd. Nr.	Einwendungsschwerpunkt	Wesentlicher Inhalt der Einwendung	Behandlung/ Beschlussantrag
			<p>China Boden- und Satellitenmessdaten ausgewertet. Im Ergebnis konnte festgestellt werden, dass in einer Entfernung von 100 m der untersuchten Solarparks die Umgebungstemperatur um 2,3 Grad geringer ist als außerhalb des Einflussbereiches der Module. Mit zunehmender Entfernung reduziert sich jedoch der Kühleffekt.<sup>2</sup></p> <p>Auch das Fraunhofer Institut weist in seinen Veröffentlichungen darauf hin, dass Moduloberflächen sich in der Betriebsphase erhitzen können, jedoch kühlen Sie im Vergleich zu einem Gebäude oder einer Asphaltfläche auch schneller wieder ab.</p> <p>Demnach reflektieren helle Oberflächen einen größeren Teil der auftreffenden Solarstrahlung, während dunkle Oberflächen mehr absorbieren und damit aufheizen. Der solare Reflexionsgrad einer Oberfläche gibt an, welcher Prozentsatz der eintreffenden Solarstrahlung reflektiert wird (solarer Albedo). PV-Module innerhalb der Betriebsphase weisen einen effektiven Albedo von 23-28 % auf. Eine Asphaltfahrbahn weist zum Vergleich ein Albedo von 12-25 % auf und grünes Gras etwa 26 %.</p> <p>Obwohl der Albedo einer in Betrieb befindlichen PV-Anlage mit dem einer Grünfläche vergleichbar ist, bleibt die Grünfläche bei ausreichender Wasserverfügbarkeit durch Verdunstungskühleffekte kühler, als die PV-Oberfläche. Gleichwohl senkt die durch Module bewirkte Teilverschattung von Pflanzen den Wasserbedarf und der verschattete Boden kann länger Feuchtigkeit speichern. Dieser Effekt einer verminderten verdunstungsrate spricht für eine Kombination von PV und Vegetationsoberflächen, wie Moorflächen, landwirtschaftliche Nutzflächen oder auf Biodiversität ausgerichtete Extensivgrünlandstrukturen innerhalb von klassischen Solarparks.</p>
14.	<b>Landschaftsbild</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>Keine Angaben zu Reflexionswirkungen, Planungsraum wird von offiziellen Wander- und Fahrradwegen durchzogen</li> <li>Monotonie der Module und technische Überformung verändern erheblich das Landschaftsbild,</li> </ul>	<p><b>Wird berücksichtigt;</b> Die Entwürfe der vorhabenbezogenen Bauungspläne mit Stand Februar 2024 beinhalten im Rahmen der Umweltprüfung entsprechende fachgutachterliche Aussagen zum Thema Blendwirkungen.</p> <p><b>Wird berücksichtigt;</b> Die Planentwürfe mit Stand Februar 2023 berücksichtigen sichtverstellende und sichtverschattende Landschaftselemente. Wo diese zur Vermeidung von</p>

<sup>2</sup> [Ground-mounted photovoltaic solar parks promote land surface cool islands in arid ecosystems - ScienceDirect](#)

Ifd. Nr.	Einwendungsschwerpunkt	Wesentlicher Inhalt der Einwendung	Behandlung/ Beschlussantrag
		<p>Planung berücksichtigt keine hochwertigen Sichtachsen und Sichtfelder,            Jetziger Wert der Kulturlandschaft soll gewichtet werden,            Mustin: Planteile 2 und 4 beeinträchtigen freie Sicht in die Landschaft,            In der Nähe von Häusern, Straßen und Seen sollten bauliche Anlagen durch Sichtschutzpflanzungen eingegrünt werden,            Witzin: Aussichtsplattform und Wanderweg mit Bänken berücksichtigen,            Historische Mühle und Turm der Stabkirche von Ruchow werden erheblich in ihrer landschaftsbildprägenden Wirkung beeinträchtigt,            Freier Blick wird durch Freileitung 380 kV (1991 errichtet) bereits jetzt beeinträchtigt,            Witzin: Umgebung des Ortmansee sollte freigestellt werden</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>Höhe der Module bis 4,5 m wird nicht akzeptiert</li> </ul>	<p>Beeinträchtigungen des Landschaftsbildes nicht vorhanden sind, werden neue Sichtschutzpflanzungen angelegt. Darüber hinaus wurden insbesondere in Mustin und Witzin die Sondergebiete auch nach den Kriterien einer möglichen landschaftsästhetischen Beeinträchtigung im Vergleich zum Vorentwurf vom Oktober 2023 deutlich reduziert.</p> <p>Wird berücksichtigt; Die Entwürfe der vorhabenbezogenen Bauungspläne mit Stand Februar 2024 beinhalten im Rahmen der für die möglichen Höhenentwicklung relevanten Festsetzungen eine Begrenzung der Modulhöhe auf maximal 3,0 m.</p>
15.	<b>Vorhabenträger</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>Private Gewinnverteilung ist kein bauplanungsrechtlicher Belang</li> <li>Befürchtung: Firmensitz des Betreibers nicht in M-V; Gemeinden erhalten keine Gewerbesteuer</li> <li>Nachweis des Energiespeichervermögens bei maximaler Sonneneinstrahlung fehlt</li> <li>Rendite und Gewinne stehen im Vordergrund</li> <li>Sichere Strategie für Rückbau und Verwertung/Entsorgung fehlt</li> </ul>	<p>Kenntnisnahme</p> <p>Keine Berücksichtigung; § 29 Gewerbesteuergesetz regelt: Zerlegungsmaßstab ist bei Betrieben, die ausschließlich Anlagen zur Erzeugung von Strom und anderen Energieträgern sowie Wärme aus Windenergie und solarer Strahlungsenergie betreiben, zu einem Zehntel das in Nummer 1 bezeichnete Verhältnis und zu neun Zehnteln das Verhältnis, in dem die Summe der installierten Leistung im Sinne von § 3 Nummer 31 des Erneuerbare-Energien-Gesetzes in allen Betriebsstätten (§ 28) zur installierten Leistung in den einzelnen Betriebsstätten steht. Darüber hinaus hat sich der Vorhabenträger schriftlich zur Ansiedlung der Betreibergesellschaften innerhalb der jeweiligen Gemeinde verpflichtet.</p> <p>Kenntnisnahme, keine Relevanz für die Inhalte der in Rede stehenden Bauleitplanverfahren</p> <p>Kenntnisnahme, keine Relevanz für die Inhalte der in Rede stehenden Bauleitplanverfahren</p> <p>Wird berücksichtigt; Es wird auf entsprechende Regelungen in den jeweiligen Durchführungsverträgen verwiesen.</p>

Ifd. Nr.	Einwendungsschwerpunkt	Wesentlicher Inhalt der Einwendung	Behandlung/ Beschlussantrag
		<ul style="list-style-type: none"> <li>• Zweifel an der Eignung der Fa. Mapronea als Planungsfirma</li> <li>• Keine regionale Verwertung, Umverteilung und Speicherung des Stroms (kommunales Wärme- und Energiekonzept fehlt)</li> <li>• Fehlende Infrastruktur für Einspeisung des Stroms wird bemängelt</li> <li>• Lage und Größe des Umspannwerkes soll erläutert werden Das Speicher- und Verteilsystem des erzeugten Stroms wird nicht gelöst</li> <li>• keine Ansiedlung des Vorhabenträgers im Gemeindegebiet – fehlender ökonomischer Anreiz für Gemeinden</li> <li>• Rückbau soll vertraglich geregelt werden</li> <li>• Bonitätsnachweis fehlt</li> </ul>	<p><b>Kenntnisnahme</b>, keine Relevanz für die Inhalte der in Rede stehenden Bauleitplanverfahren</p> <p><b>Kenntnisnahme</b>, Seit dem 1. Januar 2024 können in ganz Deutschland Wärmepläne erstellt werden. Das gibt den Bürgerinnen und Bürgern, den Unternehmen und Energieversorgern Sicherheit darüber, mit welcher Wärmeversorgung sie lokal rechnen können. Das Gesetz dazu wurde am 17. November 2023 vom Bundestag beschlossen. Der Bundesrat hat am 15. Dezember 2023 zugestimmt. Somit konnte das Gesetz am 1. Januar 2024 in Kraft treten. Die jeweiligen kommunalen Wärme- und Energiekonzepte können auch die für den Klimapark Sternberger Seenlandschaft aufgestellten Bauleitplanungen einbeziehen. Ein unmittelbarer Zusammenhang ist jedoch nicht zwingend erforderlich.</p> <p><b>Wird berücksichtigt</b>; Für den Klimapark wird ein zentrales Umspannwerk neu errichtet. Die Lage und Größe wird durch den Netzbetreiber bestimmt. Für die Errichtung selbst ist ein gesondertes Zulassungsverfahren außerhalb der kommunalen Planungshoheit erforderlich.</p> <p><b>Keine Berücksichtigung</b>; Der Vorhabenträger hat sich schriftlich zur Ansiedlung der Betreibergesellschaften innerhalb der jeweiligen Gemeinde verpflichtet.</p> <p><b>Wird berücksichtigt</b>; Hierzu wird auf die Regelungen des § 12 BauGB verwiesen. Durch den Vorhabensträger ist vor dem Satzungsbeschluss nachzuweisen, dass er bereit und in der Lage ist, das in Rede stehende Vorhaben einschließlich Rückbau nach Nutzungsaufgabe umzusetzen.</p>
16.	<b>Schutzgebiete</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Mustin: grenzt mit Planteil 2 an Schutzgebiet von gemeinschaftlicher Bedeutung (FFH-Gebiet „Mildenitz mit Zuflüssen und verbunden Seen“) FFH-Verträglichkeitsvorprüfung wird gefordert, Mustin: Betroffenheit des Landschaftsschutzgebietes „Dobbertiner Seenlandschaft und mittleres Mildenitztal“ ist zu prüfen,</li> </ul>	<p><b>Wird berücksichtigt</b>; Als nächstgelegenes europäisches Schutzgebiet ist das Gebiet von gemeinschaftlicher Bedeutung (GGB) ist das DE_2338-304 „Mildenitztal mit Zuflüssen und verbundenen Seen“ zu benennen. Dieses erstreckt sich westlich des Planteil 2 und 4.</p> <p>Das nächstgelegene Vogelschutzgebiet ist das DE_2137-401 „Warnowtal, Sternberger Seen und untere Mildenitz“ welches sich westlich in ca. 1.100 m Entfernung zum Vorhabenstandort erstreckt.</p>



Ifd. Nr.	Einwendungsschwerpunkt	Wesentlicher Inhalt der Einwendung	Behandlung/ Beschlussantrag
			Aufgrund der räumlichen Nähe des in Rede stehenden Vorhabens zum Gebiet von gemeinschaftlicher Bedeutung (GGB) DE_2338-304 „Mildenitztal mit Zuflüssen und verbundenen Seen“ wurde eine Verträglichkeitsuntersuchung durchgeführt. Mit Verweis auf die in der Verträglichkeitsuntersuchung bzw. in der Umweltprüfung ermittelten projektrelevanten Wirkfaktoren lassen sich nach derzeitigem Kenntnisstand keine Beeinträchtigungen auf das GGB ableiten, die auf das geplante Vorhaben zurückgeführt werden könnten (vergleiche Entwurf mit Stand Februar 2024).
17.	<b>Lebensraumzerschneidung und Einzäunung</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>Flächeninanspruchnahme (500 ha) und Segmentierung durch Einzäunung verursachen Lebensraumverlust, enormer Raumwiderstand für mobile und immobile Lebewesen, den Menschen eingeschlossen, Unterschlupfhöhe von 10 cm ist zu gering – 20 cm laut NABU</li> </ul>	<p><b>Keine Berücksichtigung;</b> Für die vorliegenden Planungen erfolgte eine Kartierung des faunistischen Arteninventars inklusive Rast- und Zugvögel im Zeitraum von März 2023 bis Februar 2024.</p> <p>Die Auswertung der vorliegenden Ergebnisse und die Bewertung der Betroffenheit der relevanten artenschutzrechtlichen Verbotstatbestände gemäß § 44 Abs. 1 BNatSchG werden im Rahmen des Artenschutzfachbeitrages abschließend behandelt und nachrichtlich im Umweltbericht dargestellt.</p> <p>Maßnahmen zur Vermeidung von Lebensraumverlusten durch Segmentierung, Einzäunung etc. sind im Artenschutzfachbeitrag sowie im Umweltbericht ausführlich beschrieben.</p> <p>Es wird auf den Bearbeitungsstand des Entwurfes vom Februar 2024 verwiesen.</p>
18.	<b>Wasser</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>Mustin: Planteile 1 und 2 befinden sich in Zone III des Wasserschutzgebietes Warnow-Rostock Mustin: Planteile 1, 2 und 3 hohe bis sehr hohe Schutzwürdigkeit des Grund- und Oberflächenwassers</li> <li>höhere Verdunstung des Niederschlagswasser an den Solarmodulen und Aufbauten beeinträchtigt die Grundwasserneubildung</li> </ul>	<p><b>Keine Berücksichtigung;</b> Der Planungsraum des vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 4 „Solarpark Mustin“ in der Entwurfsfassung vom Februar 2024 befindet sich nicht innerhalb von Trinkwasserschutzzonen. Die Trinkwasserschutzzone TWSZ III des Wasserschutzgebietes Warnow-Rostock erstreckt sich nördlich des Vorhabenstandortes in ca. 600 m Entfernung.</p> <p><b>Keine Berücksichtigung;</b> Das Niederschlagswasser wird trotz punktueller Versiegelungen und der Überdachung mit Solarmodulen überwiegend vollständig und ungehindert im Boden versickern. Eine Reduzierung der Grundwasserneubildung erfolgt nicht. Durch den Schutz der Module wird es entgegen der vorgetragenen Einwendung zu einer Verminderten Verdunstung kommen (vergleiche Entwürfe mit Stand Februar 2024).</p>

Ifd. Nr.	Einwendungsschwerpunkt	Wesentlicher Inhalt der Einwendung	Behandlung/ Beschlussantrag
19.	<b>Denkmalschutz</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>Ruchow: Historische Windmühle als technisches Denkmal (Flurstück 64/1, Flur 1, Gemarkung Ruchow) auf Hügel oberhalb des Dorfes; scheint mit den Flügeln die Kirche zu überragen, Mustin: denkmalgeschützte Kastanienallee, Schloss und Park Lüzbin werden als Denkmale beeinträchtigt</li> </ul>	<p><b>Wird berücksichtigt;</b> Insbesondere für die Betroffenen in Ruchow und Mustin wurden die gemäß Vorentwurf aus Oktober 2023 geplanten sonstigen Sondergebiete deutlich reduziert, um die befruchteten Beeinträchtigungen ausschließen zu können.</p> <p>Im Rahmen der Entwurfserarbeitung erfolgte eine dezidierte Auseinandersetzung mit den Belangen des Denkmalschutzes. Es wird auf den Umweltbericht mit Stand Februar 2024 verwiesen.</p>
20.	<b>Immissionen</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>Statische, elektrische und magnetische Felder durch Wechselrichter sowie Wechselstrom führende Leitungen als Ursache für gesundheitliche Schäden werden befürchtet, Es wird befürchtet, dass durch Kühleinrichtungen in den Abend- und Nachtstunden massive Lärmbelästigungen entstehen können, massive Lärmbelästigungen durch Wechselrichter und Kühler befürchtet</li> </ul>	<p><b>Wird berücksichtigt;</b> Lärm- und immissionsrelevante Anlagen sind mit einem ausreichend großen Mindestabstand zur nächstgelegenen Wohnbebauung zu errichten. Diese planerische Vorgabe ist in Abhängigkeit der konkreten Anlagenplanung, der Geräuschpegel von Wechselrichtern und der Art der Einhausung etc. im Zuge der bauordnungsrechtlichen Zulassung des Vorhabens gutachterlich nachzuweisen.</p> <p>Für die Auswirkungen durch Reflexionen und Blendungen erfolgte ist ein gutachterlicher Nachweis, dass keine erheblichen Beeinträchtigungen für die maßgebenden Immissionsorte zu erwarten sind, Bestandteil des Entwurfes mit Stand Februar 2024.</p>
21.	<b>Infrastruktur</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>Witzin: Verlauf von Gasleitungen wurde nicht beachtet</li> </ul>	<p><b>Wird berücksichtigt;</b> Der vorhandene Leitungsbestand wird bei der Entwurfsbearbeitung berücksichtigt. Die Begründung wird zu den Anforderungen des Versorgungsträgers im Umgang mit diesem Bestand redaktionell ergänzt.</p> <p>Darüber hinaus wird der angeführte Leitungsbestand auf der nachgelagerten Ebenen der Vorhabenzulassung bzw. bei der baulichen Umsetzung des Vorhabens durch den Vorhabenträger berücksichtigt.</p>
22.	<b>Brandschutz</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>Schutz des Waldes vor Umgebungsbränden wird nicht gewährleistet</li> <li>Verstärkte Gefahr durch Brandereignisse werden befürchtet</li> <li>Bereitstellung von Löschwasser ist nachzuweisen</li> </ul>	<p><b>Wird berücksichtigt;</b> Die Begründung beinhaltet unter dem Abschnitt 5.6 Brandschutz bereits entsprechende Angaben zu den Anforderungen des objektbezogenen Brandschutzes.</p> <p>Der objektbezogene Brandschutz des Vorhabenträgers ist als Voraussetzung der Genehmigungsfähigkeit im Sinne der gesicherten Erschließung des Vorhabens vor Satzungsbeschluss nachzuweisen.</p>